

PLENUM AKTUELL

01. – 03. Februar 2011

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



SPD fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

CDU/FDP:

Schwarz-Gelb blockiert nach wie vor die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und verweigert diesen auch im Bereich der Leiharbeit.

CDU und FDP wehren sich gegen „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ und verhindern damit echte Chancengerechtigkeit.

Die Regierungskoalition nimmt damit auch in Kauf, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf staatliche, aus Steuern der Bürgerinnen und Bürger bezahlte Zusatzleistungen angewiesen bleiben, da der zu geringe Lohn nicht zum Leben reicht. Mit dieser Verweigerungshaltung entziehen sich CDU und FDP auch weiterhin ihrer sozialen Verantwortung.

SPD

Die SPD fordert unmissverständlich die sofortige Einführung eines Mindestlohns in der Leiharbeit sowie gleiche Bezahlung der Leiharbeiterinnen und -arbeiter nach der Einarbeitungszeit.

Dies ist insbesondere auch mit Blick auf die zum 1. Mai 2011 anstehende Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU dringend notwendig. Aufgrund des dann geltenden Herkunftsprinzips können Arbeitskräfte aus den osteuropäischen Nachbarländern auf der Basis der Tarifverträge ihres Heimatlandes beschäftigt werden. Das wird zu extremen Niedriglöhnen führen, und daher fordert die SPD, dass der Tarifvertrag für die besonders von Dumpinglöhnen bedrohte Leiharbeitsbranche unverzüglich als allgemein verbindlich erklärt wird.

Nur ein branchenübergreifender, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn wird langfristig vor Lohndumping und vor allem kleine und mittlere Betriebe vor einem ruinösen Wettbewerb schützen.

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen von ihrem Lohn leben und ihre Familien versorgen können, ohne dass sie auf weitere Leistungen vom Staat angewiesen sind!

Gegen die ungleiche Bezahlung und die unfaire Behandlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kämpft die SPD in Wiesbaden und Berlin, denn ein solches Handeln auf dem Arbeitsmarkt gefährdet auf Dauer den sozialen Frieden.

Halbherziges Schulgesetz verhindert Fortschritt

CDU/FDP:

Der lange überfällige Entwurf der Hessischen Landesregierung für ein neues Schulgesetz bleibt weit hinter den Erwartungen der Schulen und der Bildungsexperten zurück.

In dem Gesetzentwurf finden sich keine Perspektiven für die Grundschulen und keinerlei Weiterentwicklung für die Oberstufe.

Im Gegenteil: Das unverantwortliche Festhalten am verkürzten Abitur (G8) zementiert das dreigliedrige Schulsystem und führt zu Schulstress und Schulfrust.

Das Modell der Mittelstufenschule ist halbherzig, da es die Bildungsgänge der

SPD:

Die SPD hat bereits im Herbst 2010 ein neues Schulgesetz vorgelegt, das längeres gemeinsames Lernen zum Ziel hat und allen Kindern die gleichen Bildungschancen gewährt.

Wir setzen konsequent auf eine Stärkung der frühen Bildung und wollen eine flexible Schuleingangsstufe, die Kindern ermöglicht, die ersten beiden Schuljahre je nach Entwicklungsstand in ein, zwei oder drei Jahren zu durchlaufen. Damit wird es weder Rückstellungen noch Sitzenbleiben geben.

Das gleiche gilt für unser Konzept einer flexiblen Oberstufe, die flexibel in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen werden kann und damit die Möglichkeit einer Verkürzung der Schulzeit bietet.

Die Abschaffung von G8 hat für die SPD genauso

<p>Haupt- und Realschule nur in den ersten beiden Jahren verbindet und dann so schnell wie möglich die Kinder wieder in Schubladen sortiert.</p> <p>Die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder wird nur schwer ermöglicht, da dies von dem Votum der Schulleitungen sowie den räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen abhängig gemacht wird. Die Vorgaben der UN-Behindertenkonvention werden somit ignoriert.</p> <p>Selbstständige Schule bedeutet nach diesem Gesetzentwurf zusätzliche Bürokratie. Das für die Schulen freie Budget fällt viel zu gering aus, und damit führt Selbstständigkeit der Schulen ausschließlich zur Mangelverwaltung. Bestes Beispiel sind die Kürzungen von ca. 10 Mio. € im Bereich der Vertretungsmittel. Stattdessen sollen die Schulen nun Leiharbeitskräfte einstellen.</p>	<p>Priorität wie längeres gemeinsames Lernen.</p> <p>Die SPD setzt auf die Gemeinschaftsschule als pädagogisches Prinzip, d.h. alle Kinder sollen in kleineren Klassen heterogen (unterschiedlich) unterrichtet werden.</p> <p>Die Hauptschule ist für uns ein Auslaufmodell, da immer weniger Eltern diese Schullaufbahn für ihre Kinder wählen. Die SPD setzt mit der „erweiterten Realschule“ auf ein Übergangsmodell (auf dem Weg hin zur Gemeinschaftsschule), das auf echte Integration der Bildungsgänge von Haupt- und Realschule aufbaut und - je nach Leistungsfähigkeit – mit beiden Abschlüssen beendet werden kann.</p> <p>Die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung wird im SPD-Gesetzentwurf umgesetzt, indem Eltern das Recht der Schulwahl für ihre Kinder haben. Gemeinsames Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder muss auf Elternwunsch möglich sein.</p> <p>Die SPD setzt auf echte pädagogische Selbstverantwortung, damit die Schulen wirklich die besten Wege für ihre Schülerinnen und Schüler finden und einschlagen können.</p>
---	--

Dioxinskandal

Die SPD hat den Dioxinskandal im Landtag bewusst thematisiert, da das Motto der Landesregierung lautet: „*Entwarnen und beschwichtigen*“. Wir akzeptieren eine „*Minimierung der Dioxinbelastung*“ nicht als Ziel! Zielsetzung muss es vielmehr sein, Lebensmittel frei von Gift- und Schadstoffen anzubieten. Verursacher von Schadstoffbelastung in Lebensmitteln müssen härter bestraft werden. Wir fordern Qualitätsstandards für die Überwachung von Lebensmitteln und ein besseres Überwachungssystem, das nicht an fehlendem Personal scheitern darf. Lebensmittelsicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben, aber Gesundheit hat oberste Priorität!

Finanzkrise bei den Hochschulen

CDU/FDP:

Die Landesregierung kürzt aus „Spargründen“ 30 Mio. € bei den staatlichen Unis, finanziert aber private Hochschulen großzügig:

Die private *European Business School* in Wiesbaden erhielt als Anschub-Finanzierung 24,7 Mio. € Zuschuss vom Land Hessen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat jetzt weitere 15,4 Mio. an die private Hochschule gezahlt und zwar für 267 Tiefgaragenplätze.

Mit zusätzlichen Mitteln der Stadt Wiesbaden fließen somit ca. 60 Mio. € Steuermittel in den Ausbau der Privat-Uni.

SPD:

Wir verurteilen die Kürzung im Landeshaushalt von 30 Mio. € für öffentliche Hochschulen. Gerade vor dem Hintergrund, dass ein starker Anstieg von Studierenden durch Abschaffung des Wehrdienstes und die Doppeljahrgänge aufgrund des verkürzten Abiturs zu erwarten ist. Die SPD fordert aus diesem Grund dringend, mehr Studienplätze zur Verfügung zu stellen. Die Unis müssen für diesen Zuwachs finanziell besser ausgestattet werden und dürfen keine Mittelkürzung erfahren.

Die SPD hatte bereits ein Konzept zur Kapazitätserweiterung vorgelegt und die Rücknahme der Kürzung gefordert. Beides wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

Für uns ist es ein bildungspolitisches Armutszeugnis der Landesregierung, den Unis in einer solch brisanten Situation 30 Mio. € zu streichen, dafür aber Tiefgaragenplätze für eine Privat-Uni mit über 15 Mio. € zu fördern.